

Eigenleistungen, Belastungen und finanzielle Aufwendungen in der häuslichen Pflege

Pflege in der Häuslichkeit wird in einem sehr großen Umfang durch informelle Hilfen geleistet. Durch Analysen ist belegt, dass die Hauptpflegeperson durchschnittlich mit 49 Stunden pro Woche in eine intensive Pflege und Betreuung eingebunden sind. Mehr als zwei Fünftel der Hauptpflegepersonen geben zusätzlich private Kosten für die Pflege in Höhe von im Schnitt 290 Euro monatlich an. Gleichzeitig ist die Pflege von Angehörigen offenbar einer der Hauptgründe für eine Teilzeittätigkeit oder Nichterwerbstätigkeit. Mehr als jede zweite Person mit verringerter Arbeitszeit hat die eigene Erwerbstätigkeit pflegebedingt reduziert.

Die häusliche Pflege findet größtenteils in ausschließlich selbst organisierten Pflegesettings statt und ist weiterhin überwiegend Frauensache. Die Belastungen, die aus der Pflege- und Betreuungsarbeit entstehen, waren und sind hoch. In den Befragungen hat jeder vierte Befragte angegeben, dass er hoch belastet ist und die Pflegesituation „eigentlich gar nicht mehr“ oder „nur unter Schwierigkeiten“ bewältigen kann. Pflegenden, die Unterstützung erhalten, wünschen sich mehr davon. Wer trotz bestehender Ansprüche darauf verzichtet, tut das hauptsächlich, weil Angehörige „nicht von Fremden gepflegt werden möchten“. Fehlende Angebote vor Ort wurden nur von einer Minderheit als Ursache benannt.

Die Befragung bestätigt, dass die Höhe der Eigenbeteiligungen in der häuslichen Pflege nicht die gleiche Rolle spielt wie in der vollstationären. Nur wenige ambulant Gepflegte tragen Eigenleistungen in ähnlicher Höhe wie in der vollstationären Pflege. In der Gesamtschau sind es weiterhin die die Hauptpflegepersonen selbst, die in der häuslichen Pflege einen maßgeblichen Anteil von Pflege, Betreuung und Haushaltsführung abdecken, Aufgrund der starken zeitlichen Einbindung hat offenbar jede zweite heute in Teilzeit erwerbstätige Person ihre Berufstätigkeit zugunsten der Pflege reduziert und mehr als jeder oder jede vierte Nichterwerbstätige die Arbeit aufgrund der Pflege aufgegeben.

Die vom Gesetzgeber geschaffenen Möglichkeiten zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf werden nur in einem geringen Maße genutzt. Deutlich wird auch, dass sich Zeitaufwände, finanzielle Eigenmittel sowie Belastungssituationen auf spezielle Teilgruppen verdichten. Angehörige, die demenziell Erkrankte oder Personen mit erhöhtem Pflegegrad pflegen oder in subjektiv hoch belasteten Haushalten leben, schätzen ihre Situation generell schlechter ein als der Durchschnitt.

Wenig hat sich gegenüber der Zeit vor der Pandemie verändert. Kostenaspekte oder Angebotsknappheit spielen auch nach Einführung der Tariftreue in der Pflege und trotz diskutierter Insolvenzen von Pflegediensten in der Wahrnehmung der pflegenden Angehörigen keine große Rolle. Die Situation in der ambulanten Pflege ist weiterhin nicht zufriedenstellend, gerade mit Blick auf Haushalte mit spezifischen Bedarfskonstellationen. Trotz einer Ausweitung der Angebotsformen (niedrigschwellige Angebote, Betreuungsdienste) und der Flexibilisierung der leistungsrechtlichen Regelungen (Tagespflege, Substitution von Verhinderungs- und Kurzzeitpflege) sowie aller Anstrengungen, die Pflegeberatung zu verbessern, werden nicht alle Betroffenen ausreichend erreicht. Forderungen nach einer weitergehenden Flexibilisierung beziehungsweise Pauschalierung von Leistungsansprüchen haben zwar den Charme, die Dispositionsspielräume für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen zu erhöhen. Eine gezielte Kumulierung von Hilfen befördert dies aber nicht ohne Weiteres. Fragen nach Bedarfsgerechtigkeit, Zielgenauigkeit und Entlastungswirkung von ambulanten Pflegeleistungen bleiben bestehen und sollten in Bälde bei den anstehenden Reformentscheidungen gelöst werden.

Der Seniorenbeirat der Stadt Neu-Anspach engagiert sich auch für die Verbesserung der häuslichen Pflege in der Region und möchte auf die bestehenden Möglichkeiten für individuelle Hilfestellungen einmal hinweisen. Auch für den Hochtaunuskreis gibt es einen Pflegestützpunkt bei der Kreisverwaltung. Der Pflegestützpunkt ist eine Beratungsstelle in

gemeinsamer Trägerschaft der Pflege- und Krankenkassen und des Hochtaunuskreises. Er ist zuständig für gesetzlich Versicherte. Privat Versicherte wenden sich bitte an die Compass Private Pflegeberatung GmbH. Das Beratungsangebot richtet sich an pflegebedürftige Menschen, pflegende Angehörige, Menschen mit Behinderung und Menschen die von Behinderung und Pflegebedürftigkeit bedroht sind. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beraten und informieren kostenlos und trägerneutral. Die Kontaktdaten des Pflegestützpunkt Hochtaunuskreis sind: <https://www.hochtaunuskreis.de/Themenfelder/Soziales-Integration/Beratung-Vorsorge/Pflegest%C3%BCtzpunkt/>; Telefon-Nrn. 060172/999-5471 oder 999-5472; E-Mail-Adresse: pflegestuuetzpunkt@hochtaunuskreis.de